Beschluß der Bürgerschaft

vom 17. November 1858.

1. Einquartierung durchmarschirender Bundestruppen.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit der beantragten Deputationsberathung einverstanden und hat zu ihren Mitgliedern dieser Deputation die Herren J. D. Helmken, G. A. Bechtel, M. E. F. Weber, Diedr. Müller, Dr. L. C. A. Heineken und Conrad Meyer erwählt.

Zugleich spricht sie denjenigen Herren, welche bei dem kürzlich stattgehabten Durchmarsch Großherzoglich Oldenburgischer Truppen für die Einquartirung derselben sich bemüht haben, ihren Dank aus.

2. Gesuch des Aufsehers der Heuwaage.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit der Erhöhung des dem D. F. Petersen zukommenden Wartegeldes in beantragter Weise einverstanden.

3. Bericht der Deputation zur Revision der jährlichen Steuern, die Steuern für das Jahr 1859 betreffend.

Den Anträgen der Deputation ertheilt die Bürgerschaft ihre Zustimmung.

Sie wünscht indeß die für das Halten von Nachtigallen bestehende Abgabe auch für die s. g. Sprosser, und zwar vom 1. April 1859 beginnend, eingeführt zu sehen.

4. Bericht der Deputation für die öffentlichen Spaziergänge, neue Anlagen besonders am alten Wall betreffend.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit dem Antrage der Deputation einverstanden und bewilligt die veranschlagten 1500 Thaler auf den Fond für die öffentlichen Spaziergänge der Altstadt.

5. Bericht der Finanzdeputation über den Ersatz von Vorschüssen, welche aus dem für die Anlage der Eisenbahn und den Bahnhof bestimmten Fond für Einrichtungen zur Beleuchtung mit Gas außerhalb des Bahnhofs verwendet worden sind und über die Einziehung schlechter Groten, Zweigrotenstücke ꝛc.

Die Bürgerschaft genehmigt den Vorschlag der Finanzdeputation, indem sie für den Bericht ihren Dank ausspricht.

Hinsichtlich der Einziehung von schlechten Groten, Zweigrotenstücken ꝛc. wünscht sie, daß ein Versuch gemacht werde, durch öffentliche Aufforderung zur Umwechselung derselben von der Generalcasse zum Belaufe von 2000 Thaler per Jahr, und zwar für die nächsten fünf Jahre, den beabsichtigten Zweck besser als bisher zu erreichen.

Sie ersucht den Senat, ihr hierin beizutreten.

6. Bericht der Eisenbahndeputation, die Verlängerung der Olbersstraße betreffend.

Den Anträgen der Deputation ertheilt die Bürgerschaft ihre Zustimmung.

7. Antrag, die Bürgerweide betreffend.

Die Bürgerschaft wünscht, daß die Deputation für die Bürgerweide darüber berathe und berichte, ob sich eine fernere Verpachtung von etwa 25 — 50 Morgen

zum Gemüsebau in derselben Weise, wie solche bereits mit verschiedenen Parcellen vorgenommen, empfehle, und daß die Deputation zu dem Ende sich mit der Militairdeputation verständige, ob die Schießbahn verlegt und der Exercierplatz weiter hinausgelegt werden könne.

Nicht weniger erbittet sie sich auch darüber einen Bericht, ob sich eine Erhöhung des Weidegeldes für junges Vieh empfehle, da dem Vernehmen nach die Weide ziemlich stark von Fremden unter den Namen Hiesiger mit jungem Vieh betrieben und benutzt werde.

8. Ergänzungen.

Endlich hat die Bürgerschaft folgende Ergänzungswahlen für den verstorbenen Herrn H. L. Rogge vorgenommen:

für das Bürgeramt
Herrn J. H. Schmidt;

für die Finanzdeputation
Herrn Dr. Joh. Rösing;

für die Convoyedeputation
Herrn F. Hederich.

Mittheilung des Senats an die Bürgerschaft

vom 26. November 1858.

1. Verlag der Bremer Nachrichten.

Der Verlag der »Wöchentlichen«, jetzt »Bremer Nachrichten«, ist bekanntlich, seitdem mit dem Jahre 1838 nach dem Tode des früheren, auf Lebenszeit concessionirt gewesenen Herausgebers, der Senat dieses amtliche Anzeigeblatt für directe Rechnung des Staats herausgeben und verwalten ließ, durch die auf diesem Wege erzielten und bis vor Kurzem fast alljährlich gestiegenen Ueberschüsse zu einer Beachtung verdienenden Einnahmequelle des Staats geworden. Gedachte Ueberschüsse haben, mit Einschluß der als s. g. Stempelaversum besonders notirten 650 Thaler pr. Jahr, im Durchschnitt der letzten 5 Jahre einen jährlichen Reinertrag von 4390 Thaler geliefert, gegen 2990 Thaler im Durchschnitt der ersten 5 Jahre 1838—1842.

Inzwischen sind dem Senate neuerdings, in Veranlassung eines nothwendig werdenden Wechsels in der Person des Herausgebers, von mehreren Seiten noch erheblich höhere Summen als die vorstehend erwähnten, zum Belaufe von jährlich 6000 Thaler und darüber, für den Fall geboten worden, daß die Herausgabe der Bremer Nachrichten — in übrigens ganz unveränderter Weise, was die Leistung des zu Leistenden: tägliches Erscheinen, freier Druck der Bekanntmachungen öffentlicher Behörden u. s. w. anbelangt — einem Unternehmer für eigene Rechnung auf längere Zeit und mindestens auf 5 Jahre übertragen werden würde.

In Anbetracht der seit dem Wegfall des diesem Blatt verliehen gewesenen Inseratenmonopols mehr und mehr hervortretenden Concurrenz anderer hiesiger Blätter, sowie der unvermeidlich höheren Verwaltungskosten bei einem von Staatswegen betriebenen Unternehmen der vorliegenden Art, kann der Senat darüber nicht im Zweifel sein, daß auf dem bisherigen Wege des Selbstverlags jedenfalls für die nächsten Jahre die Erzielung von Reinerträgen zu einem der angebotenen Concessionssumme irgend nahekommenden Betrage nicht in Aussicht steht. Er hält daher sowohl den vorliegen-